



Arbeitslosenzentrum
Mönchengladbach e. V.

Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach e.V.

- Der Vorstand –

Redetext zu Demonstration „Bündnis für Menschenwürde und Arbeit“ gegen Sparbeschlüsse der Bundesregierung 12.7.2010 um 18.00 Uhr

- Station vor dem Arbeitslosenzentrum –

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

wir haben uns heute gemeinsam auf den Weg gemacht, um in aller Öffentlichkeit auf die unsoziale Sparpolitik der schwarz-gelben Regierung in Berlin aufmerksam zu machen! Wir wollen nicht einfach dabei zuschauen, wie die bereits seit Jahren betriebene Umverteilungspolitik von unten nach oben weiter fortgesetzt wird.

Nahm die Bundesregierung noch von kurzem hunderte Milliarden Euro zur Hand, um damit die von den Banken selbstverschuldete Finanzkrise zu bekämpfen, sollen nun für die so ausgelöste Rekordverschuldung des Staatshaushaltes ausgerechnet die Schwächsten der Gesellschaft: nämlich Menschen ohne Arbeitsplatz und andere Haushalte mit niedrigen Einkommen beim angekündigten Sparkurs zur Kasse gebeten werden. Zynisch ist nicht nur die Absicht, den Haushalten mit Einkommen aus dem Arbeitslosengeld II künftig das Elterngeld vorzuenthalten, sondern zynisch ist auch, der jetzt bekannt gewordene Plan der Bundesregierung für die Bezieherinnen und Bezieher des Arbeitslosengeldes II zukünftig keine Beiträge mehr an die Rentenversicherung zahlen zu wollen.

Dies wird nicht nur die schon jetzt deutlich feststellbare Zunahme der Altersarmut zukünftig auf ein Rekordniveau treiben. Die Absicht, ist sie erst vollzogen, wird die Armut insbesondere in den Großstädten, die seit Jahren versuchen die Folgen des industriellen Strukturwandels zu bewältigen, nochmals drastisch ansteigen lassen und deren kommunalen Haushalte schwer belasten. Den letzten beißen die Hunde, heißt es im Volksmund. Dies trifft besonders auf die Kommunen und die Arbeitslosen in den alten Industriestädten zu. Beide sitzen im gleichen Boot: Städte wie Mönchengladbach kennen in Folge des unbewältigten industriellen Wandels schon seit Jahrzehnten keinen ausgeglichenen städtischen Haushalt mehr. Bieten reiche Städte wie Düsseldorf ihren Bürgerinnen und Bürgern mit geringen Einkommen noch verschiedene Vergünstigungen, sind die sogenannten freiwilligen Leistungen in Städten wie Mönchengladbach, Gelsenkirchen oder Oberhausen unter dem Diktat der Kommunalaufsicht auf ein Minimum zusammengeschrumpft.

Für die Weltfinanzkrise und deren Folgen tragen weder die Arbeitslosen noch die Kommunen Schuld oder Verantwortung. Die Finanzkrise wurde von Bänkern verursacht, die durch ihr verantwortungsloses Handeln die öffentlichen Haushalte und die Güterproduktion der Realwirtschaft mit in den Strudel der globalen Finanzmarktkrise rissen. Schuld an dieser Entwicklung trägt auch eine Politik, die es unterließ und weiterhin unterlässt, die Fehlentwicklungen auf den Finanzmärkten zu unterbinden und wirksame Kontrollmechanismen zu verabschieden.

Da ist es zynisch und würdelos, wenn die Bundesregierung ausgerechnet die Arbeitslosen, deren Familien und die Kommunen, also diejenigen, die am wenigsten für die Krise des Weltfinanzsystems eine Schuld tragen, für deren Folgen zur Kasse bittet.

So will die Bundesregierung auch bei den Qualifizierungs-Leistungen der Bundesagentur für Arbeit massiv einsparen. Aus der Parole „fördern und fordern“ wird nun das, was immer schon die innere Logik der sog. Hartz IV-Reformen gewesen ist: ein Projekt der Ausplünderung und Disziplinierung der Arbeitslosen! Und dies immer mit Blick auf die Durchsetzung des Niedriglohnsektors in Deutschland.

Das Arbeitslosenzentrum in Mönchengladbach tut, was es kann, um den hier ratsuchenden Menschen zu helfen. Wir tun das, indem wir die Ratsuchenden auf ihre Rechte hinweisen, komplizierte Sachverhalte aufzuklären helfen und auch vermittelnd tätig werden, wenn es im Kontakt mit der ARGE, der Agentur oder dem Sozialamt nicht gut läuft. Aber unsere Beratungskräfte helfen darüber hinaus auch dabei, in schwierigen Lebenssituationen nicht den Überblick zu verlieren. Denn mit der Arbeitslosigkeit verbunden sind erfahrungsgemäß neben dem Einkommensrückgang zahlreiche weitergehende Probleme. Die betreffen insbesondere die Familie bzw. die Partnerschaft, die Gesundheit und das soziale Umfeld des Arbeitslosen. Die Lebenssituation der anfragenden Frauen und Männer wird in der Beratung des Arbeitslosenzentrums ganzheitlich in den Blick genommen und in Fällen, in denen Ratsuchenden im Haus nicht geholfen werden kann, werden gegebenenfalls an die geeigneten Stellen in der Stadt weiter verwiesen. Im Jahr hat das Arbeitslosenzentrum über 3.000 Beratungskontakte und im Begegnungsbereich unserer Einrichtung zählen wir im Jahr weit über 11.000 Besuchskontakte. Beim Mittagstisch für Arbeitslose werden über 10.000 Mahlzeiten ausgegeben. Der Mittagstisch als wichtiger Teil des Konzeptes der psychosozialen Betreuung Arbeitsloser wird übrigens vom Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach gänzlich über Spendeneinkommen finanziert.

Nachdem die alte NRW-Landesregierung die Landesförderung für Arbeitslosenzentren eingestellt hatte und die ARGE Mönchengladbach den Fördervertrag mit dem Arbeitslosenzentrum ab Ende 2010 nicht weiterführen darf, ist das Arbeitslosenzentrum selbst in eine finanzielle Notlage geraten. Zurzeit ist das Arbeitslosenzentrum mit der Stadt Mönchengladbach darüber im Gespräch, den bestehenden Leistungsvertrag ab dem Jahr 2011 auf die doppelte Summe zu erhöhen. Die Gespräche mit Politik und Verwaltung gestalten sich nicht einfach, da immer wieder auf die desaströse Finanzlage der Stadt hingewiesen und dazu die Leistung an das Arbeitslosenzentrum als im Grunde freiwillige Leistung bezeichnet wird. Es gibt innerhalb der Verwaltung und den Parteien zurzeit Kräfte, die für und die auch gegen die legitimen Interessen des Arbeitslosenzentrums arbeiten. Ich fordere Euch alle auf, das Arbeitslosenzentrum im Kampf um die Zukunft dieser wichtigen Einrichtung zu unterstützen! Nutzt Eure Kontakte, um die Finanzierung des Arbeitslosen-

zentrums sicher zu stellen. Ein anderer Finanzgeber wie die Stadt wird sich für die Beratungsleistung im Arbeitslosenzentrum nicht auf die Schnelle finden lassen.

Die heutige Demonstration ist ein sichtbares Zeichen an die politisch Verantwortlichen in diesem Lande, die Bewältigung der Finanzprobleme nicht zuallererst auf dem Rücken der Menschen ohne Erwerbsarbeit, den Kranken und Schwachen auszutragen. Wir fordern ein Umsteuern der Politik in die Richtung, dass die Lasten auf die Schultern derjenigen verteilt werden, die große Einkommen beziehen bzw. große Vermögen besitzen. Der Reichtum ist vorhanden, es kommt darauf an, ihn auf gerechte und zukunftsorientierte Weise zu verteilen!

Wir brauchen in Deutschland eine Politik, die den Armen und Arbeitslosen mit aktiver Hilfsbereitschaft begegnet und konkrete Unterstützungsangebote bietet. Auf diesem Feld gibt es politisch viel zu tun. Gemeinsam können wir es schaffen, packen wir es gemeinsam an.

Ich danke für Eure Aufmerksamkeit.

Helmut Hönig
Mitglied des Vorstands
Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach e.V.

Dieser Beitrag unterliegt dem Urheberrecht. Vervielfältigungen, Weitergabe oder Veröffentlichung des Textes in Teilen oder als Ganzes sind nur nach vorheriger Genehmigung und unter Angabe der Quelle erlaubt, soweit mit dem Verfasser nichts anderes vereinbart ist.

Mönchengladbach Juli 2010

© Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach e.V.
Lüpertzender Str. 69
41061 Mönchengladbach
Tel : 02161 20195
FAX : 02161 179981
Email: info@arbeitslosenzentrum-mg.de
Internet: <http://www.arbeitslosenzentrum-mg.de>